

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit

menschliches Maß

sachorientiert

## Mein Programm

|  |    |
|--|----|
| <i>Corona</i>  | 1  |
| <i>Klimawandel   Umwelt   Energie</i>                  | 4  |
| <i>Gesundheit   Pflege</i>                             | 8  |
| <i>Tourismus</i>                                       | 9  |
| <i>Demokratie und Stabilität</i>                       | 10 |
| <i>Politische Kultur</i>                               | 13 |
| <i>Wohnraum   Mieten</i>                               | 14 |
| <i>Familie</i>   | 16 |
| <i>Rente   Altersarmut   Generationengerechtigkeit</i> | 18 |
| <i>Verkehr</i>   | 19 |
| <i>Freiheit und Rechtsstaat</i>                        | 20 |

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit

menschliches Maß

sachorientiert

Bürger für Freiheit und Rechtsstaat

Felicitas Englisch

2021

## „Corona<sup>1</sup>“

**Sofortige Abschaffung aller Corona-Maßnahmen – Ersetzung der 7-Tage-Inzidenz durch aussagekräftige Indikatoren - keine Impfpflicht (weder durch Gesetz noch durch soziale Diskriminierung erzwungen) – Hände weg von unseren Kindern! - unbedingte Aufrechterhaltung des Schulbetriebs - rechtzeitige Bereitstellung von Impfstoff für die Auffrischung der Impfung bei den vulnerablen Gruppen – Intensivierung der Forschung nach einem wirksamen Medikament und weiteren Therapien**

Das Sars-CoV-2 Virus ist endemisch (= heimisch) geworden, d.h. es reiht sich ein in die Liste der ungefähr 200 Atemwegserkrankungen in Deutschland. Im Herbst werden die Infektionen wie jedes Jahr steigen, vielleicht wieder in Richtung 18 000– 20 000 pro Tag. Da jede natürliche Immunisierung durch die Maskenpflicht unterbunden wurde und das Immunsystem vieler Menschen dadurch gelitten hat, kann es sein, daß auch andere Atemwegserkrankungen wieder stärker auftreten. Dessen ungeachtet werden sich die Kurven der Corona-positiv Getesteten, der Hospitalisierungen und der Todesfälle weiter signifikant auseinanderentwickeln, was die Situation objektiv entspannt und der Inzidenzzahl ihre Aussagekraft nimmt.

Während auf dem Höhepunkt der Infektionen im Dezember 2020 fast die Hälfte der Hospitalisierten starben – vor allem wegen falscher invasiver Behandlung – und die Letalitätssrate (= Anzahl der Todesfälle unter den Infizierten) bei 3,6 % lag, war sie beim zweiten „Gipfel“ im April auf 1% gefallen, und nur mehr ein Fünftel der Hospitalisierten starben. Seit Anfang August 2021 ist die Sterberate auf die verschwindend kleine Zahl von 0,08 % gesunken. Das ist weniger als ein Hunderstel der Letalitätssrate von vor vier Monaten, und ganze 2,7% der ins Krankenhaus Eingewiesenen sterben an oder mit Corona. Spätestens 2022 rechne ich mit der EU-weiten Zulassung eines wirksamen Medikamentes und weiteren Fortschritten bei der Monoklonalen Antikörper-Therapie – übrigens bereits angewandt im Klinikum Trostberg.

Eine akute Überforderung des gesamten Gesundheitssystems, die allein zeitlich eng begrenzte Einschränkungen von Freiheitsrechten der Bürger gerechtfertigt hätte, hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben - selbst beim absoluten Höchststand von Corona mit 5745 Belegungen gab es noch 3723 freie Betten, ohne die seit dem 11.8.20 eingerichtete Notfallreserve von 10 000 – 12 000 Betten, und gegenwärtig ist ein Engpaß definitiv außer Sicht- und Reichweite. Seitdem die Regierung – wenn auch nach vielen Pannen und Fehlern - in der Lage ist, allen Bürgern ein Impfangebot zu machen, kann jeder, der Angst hat, sich gefährdet glaubt oder es auch wirklich ist, **sich selbst schützen**. Für diejenigen aus der Risikogruppe, die sich nicht impfen lassen können, bleibt die

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

1

Bürger für Freiheit und Rechtsstaat

Felicitas Englisch

2021

Möglichkeit, sich weiterhin mit FFP2/3-Masken zu schützen, und für diejenigen, die auch das nicht können, wird man finanzielle Möglichkeiten finden, ihnen Situationen zu ersparen, in denen sie nicht den gewünschten Abstand halten können (Taxi- oder Benzin-Gutscheine für Arztbesuche und Einkaufen etc.). Damit ist der Umgang mit dem Virus wieder in die private Verantwortung eines jeden zu legen und **sämtliche Corona-Maßnahmen sind sofort aufzuheben - allen voran die Maskenpflicht. Die unbedingte Aufrechterhaltung des regulären Schulbetriebs ist zu gewährleisten.** Das Bundesinfektionsschutzgesetz vom 21.4.2021, das den verfassungsgarantierten Föderalismus beschädigt und den Bürgern den Rechtsweg zur Verfassungsbeschwerde mit juristischen Tricks verbaut, muß ebenfalls sofort zurückgenommen werden.

Eine Impfpflicht – weder als gesetzliche Vorschrift, noch durch soziale Diskriminierung erzwungen - darf es nicht geben. Allein in Erwägung zu ziehen, Bürger, die im wahrsten Sinne des Wortes nichts getan haben, zu ächten und sie bewußt sozial auszugrenzen, verletzt zutiefst rechtsstaatliche Prinzipien. Um es einmal ein bißchen polemisch zuzuspitzen: Hatte sich totalitäre Übergriffigkeit – wie böartig und absurd auch immer – bislang immer noch an bestimmten Merkmalen zu „rechtfertigen“ versucht - wie die falsche Haut- oder Haarfarbe, die falsche Herkunft, das falsche Geschlecht oder die falsche Religion, die falsche politische Überzeugung – oder den Opfern wurden Schandtaten angedichtet (wie „Menschen verhexen, den bösen Blick haben oder Brunnen vergiften“) und sie wurden verleumdet - so werden bereits jetzt in Teilen unseres Landes gänzlich unbescholtene Menschen, die sich **nichts** zuschulden haben kommen lassen, ohne jeden ersichtlichen Grund ihrer sozialen Existenz beraubt. Diese Ungeheuerlichkeit gilt es zu verhindern.

Im Moment drohen unsere Rechtsgrundsätze auf den Kopf gestellt zu werden. Im Recht hat die Unschuldsvermutung zu gelten und ebenfalls „in dubio pro reo“ (= im Zweifel für den Angeklagten). Wer jemandem ein Verbrechen unterstellt, muß dafür Beweise vorlegen. Ebenso hat auch für jeden erst einmal die „Gesundheitsvermutung“ zu gelten. Andersherum: wer nicht zur Arbeit erscheint, muß sein Kranksein belegen. Niemand muß nachweisen oder belegen, daß er gesund ist (durch Tests oder Impfnachweis), sondern, wenn jemand krank und - im äußersten Fall - eine Ansteckungsgefahr für andere ist, muß das ein Arzt (kein Politiker) attestieren. In der ganzen Geschichte der Seuchen und Katastrophen hat man im schlimmsten Fall immer nur die Kranken isoliert, aber niemals die Gesunden.

Ich finde es nicht in Ordnung, daß jetzt den Kindern, die ohnehin die größten psychischen und gesundheitlichen Schäden davon getragen haben, zum zweiten Mal die Last für den angeblichen „Schutz“ ihrer zu mehr als 85% geimpften Lehrer aufgebürdet werden soll. Aus der „Impfkampagne“ sind die Kinder, die ein statistisch verschwindendes Risiko haben, schwer zu erkranken, herauszuhalten. In jedem Fall muß es die Entscheidung der Eltern bleiben, ihr Kind zu impfen oder nicht zu impfen. Das Nutzen-Risiko-Verhältnis bei den ab zwölf Jahren zugelassenen

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

2

Bürger für Freiheit und Rechtsstaat

Felicitas Englisch

2021

Impfstoffen ist nicht so, daß es eine generelle Empfehlung geben sollte, wobei sich in Einzelfällen, z.B. für Kinder mit Vorerkrankungen, das Nutzen-Risiko-Verhältnis umkehren kann.

Angesichts der Tatsache, daß Geimpfte das Virus übertragen und sich auch selbst nochmals infizieren können, wäre es wichtiger, Impfstoff für die rechtzeitige Auffrischung der Impfung bei den vulnerablen Gruppen bereitzustellen. Da die Impfstoffe zwar nach allgemeiner Einschätzung auch gegenüber den Varianten zu 90% vor einem schweren Verlauf schützen, nach israelischen Studien BioNtec aber nur sehr viel schwächer als angenommen vor einer Neuinfektion (auch von Geimpften) schützt und die Wirkung der Impfung mit der Zeit nachläßt, ist auf diese Gruppe besonders zu achten. (Ergänzung: Inzwischen gibt es aber auch wieder Zweifel an dieser Studie.)

Ein wirklich ernstes Problem ist die völlige Chaotisierung der Studienlage. Nach Gerd Antes, Medizinstatistiker (Mitglied der *Ständigen Impfkommission am Robert Koch-Institut* sowie des *Advisory Boards der International Clinical Trial Registry Platform (ICTRP) der WHO* - seit 2017 *Vorstand der Cochrane Deutschland Stiftung*), „wurde nahezu jeder Fehler gemacht, den man machen konnte“. Die Politik sei ahnungslos, in der Wissenschaft gehe es oft mehr um Konkurrenz, Karrieren, Gelder und um Förderprogramme. Es fehle eine repräsentative Kohortenstudie, der riesige durch die Behandlungen in Praxen und Kliniken entstandene Datenpool sei nicht wissenschaftlich aufgearbeitet worden. Es fehlen die institutionellen Grundlagen in der Wissenschaft für seriöse Qualitätsüberprüfungen bei Tests, Medikamenten, und Impfstoffen. Völlig fehlen Studien, die konkrete politische Handlungsorientierungen abgeben könnten, z.B. welche Kontakte **nicht** infektiös sind, welche sozialen Ereignisse und Einrichtungen **keine** Pandemietreiber sind, weil die Politik nur nach Daten verlangte, mit denen sie die Angst schüren und Einschränkungen durchsetzen konnte.

---

<sup>1</sup>Diese Abkürzung steht für die seit dem 16.3.2020 eingerichteten politischen und legislatorischen Maßnahmen und Verordnungen auf Bundes- und Landesebene, die vorerst in der Verabschiedung des Bundesgesetzes am 21.4.21 kulminierten

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

3

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**  
**Felicitas Englisch**  
**2021**

## Klimawandel | Umwelt | Energie

**Weniger Ideologie, mehr Kreativität und Vernunft – von der Verwertungs- zur Versorgungsökonomie - so dezentral wie möglich, so zentral wie nötig – Nachhaltigkeit = „Internalisierung externer Kosten“ - Rückkehr zu qualitativ hochwertiger Produktion statt Wegwerfmentalität – Vermeidung von Verpackungsmüll - Leistungseigentum statt Finanzkapitalismus - Problemlösung durch Zukunftstechnologie statt durch Verbote und Steuern**

Die Debatte um den Klimawandel ist genauso vergiftet wie die Diskussion um die Corona-Maßnahmen. Wir verspielen das Schicksal unserer Erde, wenn wir nicht endlich zu einer sachlichen Behandlung des Themas kommen. Es gibt keine Umwelt. Es gibt nur eine - unsere - Welt im unendlichen Raum; für ihre Bewahrung sind wir als das mit Vernunft und größter Handlungs(- und Zerstörungs)macht ausgestattete Wesen verantwortlich. Wir müssen unsere Form des Wirtschaftens grundlegend verändern - weg von der Verwertungsökonomie zur Versorgungsökonomie. Wir brauchen in bestimmten Bereichen bis zu einem gewissen Grad Deglobalisierung – d.h. wir müssen regionaler und mehr mit lokalen Materialien produzieren und kreative Ideen für eine echte Kreislaufwirtschaft entwickeln. Und wir müssen uns den Luxus erlauben, den Wert eines Produktes oder einer Dienstleistung auch noch nach anderen als Geld- und Profitgesichtspunkten zu betrachten. Der Finanzkapitalismus hat den Druck auf die Betriebe erhöht, vorrangig die Renditeansprüche ihrer Investoren und den Dividendenhunger ihrer Anleger zu befriedigen, statt ein Unternehmen groß zu machen, ständig an der Verbesserung der Produkte zu arbeiten, Rücklagen zu bilden, Arbeitsplätze zu sichern und in Forschung und Ausbildung zu investieren. Eine voranzutreibende Alternative ist das sog. „Leistungseigentum“, nach dem bekannte Stiftungsunternehmen wie Carl Zeiss, Else-Kröner-Fresenius, Zeppelin oder Robert Bosch arbeiten, was allerdings erst ab einer gewissen Größe sinnvoll ist.

Alle reden von Nachhaltigkeit. Aber was heißt das genau, wenn wir nicht gerade von einem ausgeglichenen Zahlenverhältnis bei nachwachsenden Rohstoffen wie Holz sprechen? Politisch ist das entscheidende Stichwort – im übrigen wie schon in klugen Debatten vor 50 Jahren – die **Internalisierung externer Kosten**, d.h. die Einbeziehung **aller** Auswirkungen und Kosten eines Produkts, wozu die ökologischen und politischen Kosten der Rohstoffbeschaffung (Kriege um die seltenen Erden, irreparable Umweltschäden durch Fracking, Vergiftung des Grundwassers), die sozialen Bedingungen seiner Produktion (unzumutbare Arbeitsbedingungen, fehlende Schutzbestimmungen, Tierquälerei durch Lebendtransporte), die dafür erforderliche Infrastruktur (Landschaftszerstörung, Tunnel, Flüssiggasterminals, Satelliten), die Kosten ihres Betriebs (Energie) und die Kosten ihrer Entsorgung (Atommüll) gehören. Vieles, was auf den ersten Blick umweltfreundlich aussieht, ist es aufs Ganze gesehen nicht. Auch ein mit erneuerbarer Energie

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

4

Bürger für Freiheit und Rechtsstaat

Felicitas Englisch

2021

produziertes oder betriebenes Produkt kann zum Problem werden, wenn dafür der Energieverbrauch überdimensional ansteigt. (Brauchen kleine Kinder wirklich einen mobilen Computer und ein tragbares Kino oder nur eine Möglichkeit, im Notfall die Eltern anzurufen?)

Ich plädiere für eine Rückkehr zu qualitativ hochwertigen, langlebigen Produkten, die sich reparieren lassen und die man an die nächste Generation weitergeben kann. Dazu braucht es gesetzliche Regelungen, z.B. deutlich längere Herstellergarantien, um die künstliche Verknappung der Lebensdauer durch eingebaute Soll-Bruchstellen auszuhebeln, weiter eine Herstellerverpflichtung, Ersatzteile vorzuhalten und Reparaturmöglichkeiten nicht auf die eigene Marke zu monopolisieren (wie zunehmend bei den Autos) und kluge Anreize, ungiftige, recyclebare Materialien zu verwenden und ressourcenschonend zu produzieren. Das sich abzeichnende Umdenken beim privaten Wohnungsbau – weg vom Beton hin zu Holz und hochwertigen Ziegeln - wird hoffentlich seinen Eingang auch in städtische Architektur finden, wo auch noch Platz für viele andere kreative Ideen ist (Dach- und Fassadenbegrünungen, Straßen- und Flußüberbauungen, möglicher Verzicht auf Versiegelungen bei Terrassen, Parkplätzen, Hauskonstruktionen, Wegen und Kleinstraßen etc.).

Den unermesslichen Verpackungsmüll (von Einweg-Verpackungen über die Masken bis „to-go“), den die weltweiten Corona-Maßnahmen hervorgebracht haben, mögen die verantworten, die diese sinnlosen Maßnahmen den Menschen auferlegt haben. Generell sollte die Unart, alles in Plastik zu stecken, was man ebenso gut in Wachspapierkartons – wie in meiner Kindheit noch die offene Milch, die man viertel, halb- oder literweise im Geschäft kaufen konnte - oder in Recycling-Papiertüten oder Pappe oder einfach offen im Einkaufskorb transportieren kann – unmodern werden. Was man früher offen und einzeln kaufen konnte - Schrauben, Dübel, Nägel - und heute in monumentale Diebstahl-Abschreckungsverpackungen eingeschweißt wird - könnte ebenso gut wieder stückweise zugänglich sein, auch wenn das ein bißchen weniger Profit für den Baumarkt gibt, dafür vielleicht einen Arbeitsplatz mehr. Übrigens, die Plastiktüte, die man ordentlich entsorgt, ist ein kleineres Problem als skrupellose Reeder, die ihren Müll containerweise ins Meer verklappen oder ihr Altöl dort ablassen. Wo jeder einzelne Schritt des Bürgers akribisch überwacht wird, sollte man doch eigentlich diese schwarzen Schafe auch erwischen ... Familien, die grundsätzlich ihre Kinder nicht mehr dazu erziehen, ihren Müll wieder mit nach Hause zu nehmen, sind das eine - fehlende oder zu selten geleerte Abfallkörbe in den Städten und an Rastplätzen das andere.

Das Elektroauto halte ich nicht für die langfristige Lösung der Mobilitätsproblematik. Den Verbrenner vorschnell auszumustern ist eine nicht durchdachte Kurzschlußhandlung. Die Hauptprobleme verursachen Lkws, für die ein elektrischer Antrieb zurzeit nicht in Frage kommt. Beim privaten PKW standen wir schon einmal kurz vor dem 1 – 2-Liter-Auto, das im Segment erschwinglicher Kleinwagen einen Fortschritt gebracht hätte, für das sich aber die am Verkauf

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

5

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**

**Felicitas Englisch**

**2021**

teurer Limousinen interessierte Autoindustrie nicht begeistern konnte. Für diese Fahrzeuge steht eine gut funktionierende Infrastruktur zur Verfügung, deren Verschrottung - auch unter ökologischen Gesichtspunkten - nicht wirklich sinnvoll ist.

Wir und ganz Europa werden jedoch auf Elektrizität - auch auf Elektromobilität, deren Ausbau darum kurzfristig angezeigt ist - und auf Gas in der Übergangsphase nicht verzichten können. Deshalb befürworte ich ausdrücklich die Fertigstellung von North Stream 2. Wir brauchen eine sichere tageszeit- und wetterunabhängige Energiequelle in nationaler bzw. europäischer Größenordnung.

Langfristig favorisiere ich Wasserstoff als Antriebsquelle, setze auf innovative Techniken der CO<sub>2</sub>-Rückgewinnung aus der Atmosphäre, auf neue klimaneutrale pflanzliche Kraftstoffe, auf kreative Nutzung von Photovoltaik auch auf beweglichen Oberflächen bei Auto, Bahn und Flugzeug und revolutionäre Fortschritte in der Speicherung von Energie, auf verstärkte Nutzung und technische Weiterentwicklung von Erdwärme und Wärmepumpen, die der Luft Wärme entziehen. Ich erwarte Fortschritte durch gezielte Forschungen im bakteriologischen und chemischen Bereich für Reinigung und Entgiftung. Diese Innovationen bekommen wir aber nicht geschenkt. Es bedarf einer immensen Anstrengung bei der Forschungsförderung, wobei die Grundlagenforschung öffentlich bleiben muß, die finalen = anwendungsbezogenen Forschungen - wie bei den Impfstoffen - durch eine Kooperation zwischen Industrie, den bewährten Institutionen wie Fraunhofer-Gesellschaft, DFG, Max-Planck-Gesellschaft etc. und dem Staat erbracht werden sollten. Es versteht sich von selbst, daß ein Staat, der großzügig investiert, dann auch beim Zugriff auf das Produkt Vorrechte bekommt. Systemrelevante Zukunftstechnologien oder Betriebe wie der Robotikhersteller KUKA oder solche, die die nationale Sicherheit betreffen, dürfen nicht ohne staatliche Genehmigung ins Ausland verkauft werden, wobei bei KUKA wieder einmal die Politik versagt hat. Als das Unternehmen vor etwa 7 Jahren Kapitalbedarf anmeldete, ließen Banken und Politik die Geschäftsführung ins Leere laufen, weil man das Potential nicht erkannt hat.

Stromtrassen gehören unter die Erde, auch wenn das im Moment teurer ist – aus landschaftsästhetischen und aus Sicherheitsgesichtspunkten. Die unzähligen Milliarden, die zur Kompensation der Corona-Maßnahmen-Schäden ausgegeben wurden, wären hier besser investiert gewesen und den Menschen wäre viel Leid erspart geblieben. Die Entscheidung für die großen Windparks auf dem Meer ist richtig, aber es ist zu überdenken, ob die Verteilung der Energie tatsächlich nord-süd-orientiert und nur aus dem deutschen Horizont geschehen soll. Süddeutschland, Schweiz und Österreich kommen gut mit lokal produzierter Energie aus und können sich auch ost- und westwärts vernetzen. Die Energie aus dem Norden bräuchte dann nur bis Mitteldeutschland weitergeleitet werden, was mindestens zwei Trassen (SuedLink) überflüssig macht.

In Bayern setze ich auf Wasserkraft, die den Vorteil hat, Hochwasservorsorge und Energiegewinnung in einem leisten zu können, im Norden auf Gezeitenkraftwerke und einen

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

6

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**

**Felicitas Englisch**

**2021**

Energiemix. Dabei gilt die Devise: so klein und dezentral wie möglich, so groß wie sachlich geboten.

Der Klimawandel ist eine ernste Herausforderung. Wir müssen handeln, wie uns die jüngsten Hochwasser wieder eindringlich vor Augen geführt haben. Aber mit dem pauschalen Hinweis auf den Klimawandel lassen sich auch nicht alle Versäumnisse der Politik entschuldigen. So hat es Hochwasser und Murenabgänge z.B. in unserem Landkreis immer gegeben. Wir wissen, daß unsere Bäche und Flüsse mal ein glitzerndes Rinnsal, mal ein reißender brauner Strom sein können. Das Problem ist der Umgang damit. Während man in Bayern, und inzwischen auch in der gesamten Republik gelernt hat, die Verwüstungen durch die großen Gewässer zu vermeiden - mit Stauseen im Oberlauf, mit ausreichend weitem Bett (z.B. das Isarbett in Bad Tölz, was sich beim letzten Starkregen wieder bewährt hat) und entsprechenden Verbauungen, die auch die Wassergeschwindigkeit regeln - hat man diese Anpassung an die klimatischen Realitäten bei den mittleren und kleinen Gewässern oft unterlassen oder, obzwar wortreich beschlossen, faktisch wieder hinausgeschoben. Oder man hat doch wieder der Versuchung nicht widerstanden, noch ein paar Quadratmeter Bauland im Überschwemmungsgebiet auszuweisen oder Siedlungen zu genehmigen, die niemals hätten genehmigt werden dürfen – wie in Berchtesgaden. Ich bin sicher, daß die (gute) Entscheidung in Traunstein beim Röthelbach ohne die letzten Hochwasser in der Region anders ausgefallen wäre. Ein Fluß ist wie ein Lebewesen. Jede Intervention hat nicht nur Auswirkungen an der Eingriffsstelle, sondern den gesamten Fluß hinab und bei Wasserkraft auch noch ein Stück flußaufwärts. Hier ist eine bundesländer- oder sogar länderübergreifende Kooperation notwendig. Im Unterlauf Polder auszuweisen, durch die fruchtbare Ackerland unter Umständen für 6 - 8 Jahre verdorben ist, weil Schwermetalle und Öl den Boden bei der Überschwemmung verseucht haben, kann nicht die Lösung sein, da muß eben weiter oben sinnvoll eingegriffen werden, auch wenn der Oberlauf in einem anderen (Bundes-)land liegt. Finanzielle Schieflagen und Vorleistungen müssen dann in einem Bund-Länder-Ausgleich oder auf europäischer Ebene geregelt werden (absolut vorbildlich in Österreich: ein 2020 in Angriff genommenes Vorhaben in Zell am See „Generelles Projekt Thumersbach“).

Daß ein erheblicher Teil der klimatischen Veränderungen vom Menschen verursacht wird, darf als wissenschaftlich gesichert gelten. Dennoch gilt auch: Alle Ursachen des Klimawandels, auch die nicht von Menschen gemachten, wie die erhöhte Sonnenaktivität oder Veränderungen beim Golfstrom, müssen erforscht werden. Leider müssen wir uns auch damit auseinandersetzen, daß die Kriege der Zukunft mit digitalen, biologischen und chemischen und – je mehr der Weltraum zum geostrategischen Machtort wird – mit klimatischen Waffen geführt werden. Wir brauchen eine internationale Kontrollinstanz, in der Funktionsweise ähnlich wie die IAEO und ein Dokumentationssystem vergleichbar dem „Rüstungsatlas“.

Sämtliche Forschungen und Experimente, die Eingriffe in das Klima darstellen (wie das Cloud Seeding Projekt in Alaska) oder die Zusammensetzung von Böden, Wasser und Luft in großem

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

7

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**

**Felicitas Englisch**

**2021**



Maßstab verändern können, müssen öffentlich und frei zugänglich dokumentiert werden. Forschungen in kriegerischer Absicht müssen als solche entlarvt, geächtet und auf ihr Verbot politisch hingearbeitet werden.

## Gesundheit | Pflege

Profitorientierung und Kommerzialisierung haben im Gesundheits- (wie im Bildungswesen) nichts verloren. Wären die Pläne der Bertelsmann-Stiftung (Hecken) und Karl Lauterbachs (Prof. für Gesundheitsökonomie - !) Realität geworden, denen zufolge von ehemals 2000 nur noch 600 Krankenhäuser übrig bleiben sollten, hätten wir in der Zeit der Corona-Belastungen brasilianische Verhältnisse gehabt.

Während 2020 zwanzig Kliniken (4 davon in Bayern) geschlossen wurden, werden es 2021 dreißig sein. Das bedeutet, selbst angesichts Corona wird der Abbau klammheimlich vorangetrieben. Der zweite Krankenhaus-Rettungsschirm vom November ist nur noch für Kliniken mit Notfallstufen 2 und 3 gedacht – das sind fast nur die rund 400 großen Maximalversorger. Die kleineren gehen leer aus - ganz im Sinne der Gesundheitsökonomien. Wir haben aber nach wie vor Personalnotstand, Stationen werden deshalb geschlossen, von der versprochen guten Bezahlung ist noch nicht viel bei den Betroffenen angekommen, und es gibt keinerlei Anzeichen, daß sich die Regierung auf die steigenden Infektionszahlen im Herbst/Winter vorbereitet. Statt dessen erleben wir, daß die Corona-Krise als Brandbeschleuniger für weitere Zentralisierung und Privatisierung des Gesundheitswesens mißbraucht wird und Einsparmaßnahmen, die das Arzt-Patienten-Verhältnis technisieren und „entmenschlichen“ (Telemedizin, virtuelle Behandlung) vorangetrieben werden.

Ein weiteres Problem ist die Neuordnung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes von 2018, in deren Zuge die Dienstbereiche massiv ausgeweitet wurden, was längere Anfahrts- und im schlimmsten Fall lebensbedrohende Wartezeiten zur Folge hat. Die zwei-Klassen-Medizin in Reha-Kliniken und Krankenhäusern verschärft sich zusehens.

Wir brauchen eine grundlegende Umorientierung (s.a. Bürgerversicherung) Die Fallpauschale muß abgeschafft werden. Sie ist ein Irrweg, wie auch das Outsourcing, das die Abläufe in der Funktionseinheit Klinik stört. Insbesondere in ländlichen Gegenden sind kleinere Basiskliniken unverzichtbar, um die unverzichtbaren medizinische Dienstleistungen für Patienten vor Ort

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

8

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**

**Felicitas Englisch**

**2021**

wohnungsnah bereitzustellen. Da diese Kliniken schlechter in der Lage sind, teure Investitionen sich amortisieren zu lassen, brauchen sie aber einen individuellen Schlüssel je nach gesellschaftlichem Auftrag. Private und öffentliche Trägerschaft sollten sich die Waage halten. MVZs machen dort Sinn, wo die notwendige Praxisdichte nicht gegeben ist.

Der erste Ansprechpartner sollte der Hausarzt bleiben. Wer krank ist, braucht einen Menschen, dem er vertrauen und der - von Rentabilitätsdruck entlastet - für ihn da sein kann (Hausbesuche eingeschlossen) – im Idealfall von der Wiege bis zur Bahre. Der Zugang zu Hospiz- oder Palliativversorgung muß für alle garantiert werden.

## Tourismus

### **Abrüstung auf menschliches Maß – Förderung individueller Vorhaben – klimaneutrale Antriebe bei Flugzeugen und Schiffen**

Wer bei Reisen und Urlaub nur an systemrelevante Anbieter (wie Lufthansa oder TUI) denkt, die im internationalen Wettbewerb eine Rolle spielen, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Ich denke, daß die Zukunft des Tourismus in eine andere Richtung geht. Was den Flugverkehr – nicht nur den touristischen, sondern mehr noch den erheblich umfangreicheren Business-Bereich - betrifft, so ist klar, daß wir auf andere klimaneutrale Antriebe setzen müssen. Auch dazu (s. Umwelt) braucht es eine gewaltige Forschungsanstrengung und Geld. Ob es tatsächlich Schiffe einer Größenordnung geben muß, die ganze Kleinstädte übers Meer schippern, ist zu diskutieren. Wobei ein noch größeres Problem der schwarmhafte „Überfall“ großer Menschenmassen auf den Ort des Landgangs ist, der die Städte, die Einwohner und auch die Gastronomie überfordert. Damit überstrapaziert man auch die robusteste Gastfreundschaft. Dabei bin ich mir sicher, daß sich die meisten Menschen einen Urlaubsort wünschen, der sie willkommen heißt und sie nicht nur – widerwillig - wegen des Geldes, das sie bringen, duldet oder in Kauf nimmt. Eine Abrüstung auf menschliches Maß wäre auch hier angebracht. Ich würde mir wünschen, daß unser Reisen wieder individueller würde, daß es ein „Sich-Hinbegeben an einen Ort und dort verweilen“ wäre und nicht ein hektisches Abhaken von Sightseeing-Highlights-Listen aus dem Internet. Es ist aber eine Frage des Angebots.

Wer Länder ihrer Strände enteignet (Griechenland, Portugal), um internationalen Hotelketten zu ermöglichen, mit EU-Subventionen entweder Luxushotels oder billige Massentourismusburgen zu

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

9

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**

**Felicitas Englisch**

**2021**

bauen, braucht sich nicht wundern, wenn die schönsten Orte nur noch den Superreichen zugänglich sind und sich der Rest am Ballermann vergnügt. Unterstützt man hingegen Bauern oder Eigenheimbesitzer, noch unverdorben Kleinstädte und Dörfer beim Bau von einzelnen Ferienwohnungen oder kleinen, sich landschaftlich und städtebaulich harmonisch einfügenden Hotelanlagen, so wird man auch entsprechende Gäste bekommen.

Ein gelungenes Beispiel aus unserer Region: ein etwas höher gelegenes Hotel am Thumsee. Meine Stichworte für die Gastronomie zielen ebenfalls in dieselbe Richtung: entweder einfach aber lokal, frisch, authentisch oder anspruchsvolle individuelle und überzeugende Landesküche. Was sich der Gast wünscht: liebenswürdige Gastgeber, begeisterte Köche und das alles in einem ästhetischen Ambiente. Nichtsagende Gaststätten, (in denen fünf Busladungen Platz haben), lieblos bestuhlt mit vorgefertigten Produkten und der immer gleichen Soße gibt es schon zu viele. Auf Weltraumtourismus von Milliardären würde ich gerne verzichten, selbst wenn ein Teil der Einnahmen in die Forschung zurückflösse. Daß aber die kleinen Leute die Zeche jahrzehntelang verschlafener Ökologie- und Klimapolitik bezahlen müssen, indem man ihnen das Reisen verbietet oder es ihnen schwer macht - durch sinnlose Maßnahmen oder es finanziell verunmöglicht - sehe ich nicht ein. Es kam der Politik sehr entgegen, daß sie – „wg. Corona“ - das Land abriegeln und Reiseverbote verhängen konnte, um so doch noch die Pariser Klimaziele zu erreichen, obwohl man sonst wieder einmal in Untätigkeit und Symbolpolitik verharrt hatte.

## Demokratie und Stabilität

**Politikverdrossenheit? Ja – Demokratiemüdigkeit? Keineswegs - die Spaltung und Verrohung der Gesellschaft ist hausgemacht– notwendig ein neuer Politikstil: „primum non nocere“ (=zuerst: keinen Schaden anrichten – weg mit „Holzhammer- und „Kahlschlag“methoden**

Die Menschen sind nicht demokratiemüde – wie es oft heißt, ganz im Gegenteil - sondern politikverdrossen, wozu die Politiker tagtäglich neuen Anlaß bieten. Wir als kleine Wähler haben erfahren, daß, egal welche Parteienkonstellation das Land regiert, die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinanderklafft, daß es auch bei guter Ausbildung und besten Qualifikationen keine Arbeit mehr gibt, auf die man stabile, erwartbare Lebensplanung/-verhältnisse aufbauen kann, daß Familien ihrer Sparguthaben durch Null-Zinspolitik und Inflation

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

10

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**

**Felicitas Englisch**

**2021**

enteignet werden, während die Zahl der Milliardäre wächst, daß der europäische Prozeß für die „da unten“ Lohndumping und Arbeitsplatzverlust bedeutet, während andere sich bereichern, daß soziale Absicherungen (Rente, ALG I, Krankenversicherungen, Reha) immer weniger greifen, daß Märkte entfesselt werden und daß keine Politik die Menschen vor der Zerstörung liebgewonnener und erhaltungswürdiger Lebensverhältnisse - Lebensverhältnisse „nach menschlichem Maß“ - durch die radikalisierte Globalisierung schützt.

Viele Bürger gewinnen darüberhinaus zunehmend den Eindruck, daß eine internationalistisch eingestellte politische Klasse, die sich als „Elite“ versteht, sich global vernetzt, alle Jobs, die Macht, Einfluß und Geld bedeuten, unter sich aufteilt und der normale Bürger darauf reduziert wird, sein Arbeitslohn zu leisten, am besten nur noch online zu konsumieren und am wahren Leben nur noch per virtuellem Abklatsch teilzuhaben, ob das nun Fußball, Olympia, Konzerte, Museen oder gehobene Geselligkeit betrifft. Die Gesellschaft spaltet sich in die Privilegierten (VIPs), die weiterhin Zugang zum echten gesellschaftlichen Leben haben, zu Freiheit und Mobilität, zu Kultur und Reisen, und die „Nutzmenschen“, denen all das zunehmend verwehrt wird. Im schlimmsten Fall können sie dann noch mit anderen „ganz unten“, wie Leiharbeitern und „Freigesetzten“, Asylsuchenden und Zuwanderern, Schwächeren und seelisch Beschädigten um schlechte Jobs und billige Wohnungen konkurrieren.

Ich fürchte, ganz viele Menschen sind deshalb empfänglich für jeden, der verspricht, hier Abhilfe zu schaffen, (selbst wenn er, wie Donald Trump, zu eben dieser Clique gehört, es aber versteht, Verständnis für ihre Not vorzuspiegeln). Ich gehe davon aus, daß es einen erheblichen Prozentsatz (rechts und links außen) in unserer Bevölkerung gibt, dessen Vertrauen in das Funktionieren des Rechtsstaates so zerstört und deren Enttäuschung und Wut so groß und blind geworden ist, daß es schwer sein wird, diese Menschen „ins Boot“ zurückzuholen. Und in dem Maße, wie eine gebildete Mittelschicht, die noch ein „gutes Leben“ im Sinne bürgerlicher Kultur kannte, auch nach unten weggedrückt wird, in genau diesem Maße werden krude Überzeugungen auch in die politische Mitte diffundieren. Die Anhängerschaft der AfD ist das beste Beispiel dafür. Die „Corona“-Übergriffe haben diesen Prozeß verstärkt und die geplanten „Klima“-Einschränkungen werden es weiter tun. Je weiter ein normales Leben in die Ferne rückt, desto mehr Menschen werden sich in die innere Emigration oder in die Resignation verabschieden oder sich Wege jenseits der Legalität suchen.

Toleranz und Konsensfähigkeit sind in unserem Land auf dem Nullpunkt angelangt. Dieser Prozeß ist durch die Medien wie durch einen Brandbeschleuniger intensiviert und bewußt vorangetrieben worden. Presse und Fernsehen werden ihrer Hauptaufgabe, der umfassenden „nüchternen“ Information der Bevölkerung, nicht gerecht. In der Corona-Krise haben sie die Polarisierung der Gesellschaft vorangetrieben und der Diffamierung und Kriminalisierung abweichender Meinungen Vorschub geleistet. Dabei ist es ihre öffentlich-rechtliche Aufgabe, die

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**

**Felicitas Englisch**

**2021**

Darstellung der „ganzen“, nicht der „interessierten Wahrheit“ zu leisten, „alle“ Fakten und Argumente zu präsentieren, um dem Bürger eine echte eigene Meinungsbildung zu ermöglichen, nicht ihm Meinungen vorzugeben. Sie haben nicht Hofjournalismus und „embedded“ d.h. machtzensierte Berichterstattung zu betreiben, sondern kritische Öffentlichkeit zu sein. In der Corona-Krise haben sie vollständig versagt. Aus einer falsch verstandenen „staatspolitischen“ Pseudoverantwortung haben sie sich von den Regierenden ebenso instrumentalisiert lassen wie die „staatstragenden“ Einrichtungen der Wissenschaft und eine politisierte Judikative, die Gefälligkeitsurteile für die Politik fällt.

Diese Prozesse haben in der Tat die Spaltung der Bevölkerung zementiert. Das Internet und die sozialen Medien mit ihrer Tendenz zur Communitybildung befördern und verstärken diesen Prozeß gefährlicherweise noch. Sich selbst verstärkende Meinungsbildung zu betreiben und sich gegen Argumente von außen abzuschotten, verdimmt - beide Seiten: Leitmedien wie die communities in der Filterblase. An die Stelle einer offenen argumentativen Auseinandersetzung sind „emotionalisierte Empörungsrituale, moralische Diffamierungen, und offener Haß getreten“ (Sarah Wagenknecht). Toleranz und Konsensfähigkeit aber gründen auf der Fähigkeit des „taking the role of the other“ = sich in den anderen hinein zu versetzen, seine Individualität und Einzigartigkeit wahrzunehmen, sein Menschsein zu achten und seinen Willen zu respektieren. Zu den Regeln des herrschaftsfreien Diskurses (Jürgen Habermas) gehört: Ein vernünftiges Argument ist und bleibt ein vernünftiges Argument. Jeder hat das Recht, es zu äußern, wann und wo auch immer. Es hat Anspruch auf Gehör, auf Prüfung und Beweis und auf Anerkennung, sofern es letzteren beiden standhält.

**Wir müssen wieder zurückfinden zu einer vernünftigen Balance zwischen den beiden wichtigsten Aufgaben des Staates: Freiheit und Sicherheit. Die Zukunft wird uns nicht geschenkt. Wir sind aufgefordert zum Handeln! Aber wir brauchen eine Rückkehr zum menschlichen Maß im Umgang mit der Natur und mit uns als Menschen! Friedlich werden wir nur weiterleben können, wenn wir gemeinsam nach kreativen, sach- und zukunftsbezogenen Lösungen für die durch Versäumnisse der Vergangenheit angewachsenen Probleme suchen, ohne die in der Verfassung garantierten Grundrechte mit ihren Gestaltungsräumen (Eigentum und Privatsphäre), ohne Würde, Freiheit und Individualität anzutasten und ohne die Errungenschaften eines „guten Lebens für alle“ und die ökonomischen Voraussetzungen dafür aufs Spiel zu setzen.**

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

12

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**

**Felicitas Englisch**

**2021**

## Politische Kultur

### **Wir brauchen grundsätzlich einen anderen Politikstil und die Rückkehr zu den rechtsstaatlichen politischen Entscheidungsfindungsprozessen gemäß unserer Verfassung**

Für alle unsere politischen Handlungen muß das Prinzip gelten: primum noc nocere = zuallererst einmal keinen Schaden anrichten. Autokratische und undifferenzierte, über alle Belange der Betroffenen sich hinwegsetzende („Holzhammer-“ und „Kahlschlag“-)Methode wie bei den Corona-Maßnahmen, gehören ausgemustert, denn sie sind nur ein Ausdruck von Einfallslosigkeit und Kaltschnäuzigkeit, Inkompetenz und Machthunger. Diese Fehler dürfen beim Klima nicht wiederholt werden.

Wir brauchen keine weiteren Ministerien, erst recht keines, das sich anmaßt, sich über die anderen zu stellen und die Richtlinienkompetenz des Kanzlers auszuhebeln. Wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs, der wahrheitsverpflichtet nach den besten Problemlösungen für unser Land sucht. Nutzen und Schaden politischer Maßnahmen sind kurzfristig und langfristig gegeneinander aufzurechnen, alle relevanten Gesichtspunkte in die Entscheidungen einzubeziehen, und hinreichend differenzierte Ziele auszuweisen. Das geht nicht ohne offene Austragung von Streit und Konflikt.

Der Sinn unserer parlamentarisch-demokratischen Verfahren ist es genau, die qualitätssteigernde Kraft des Diskurses und der politischen Auseinandersetzung um Interessen und Betroffenheiten, Informationen und Wissensstände **vor** die Entscheidung einer Machtinstanz zu setzen. Ausnahmezustandsregelungen und die Immunisierung der Regierungsentscheidungen gegen Kritik durch die „Einbindung“ der freien Presse, der Wissenschaft und der Justiz und ihre Ausrichtung auf Regierungslinie zerstören die Legitimationsgrundlagen unseres politischen Systems.

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

13

Bürger für Freiheit und Rechtsstaat

Felicitas Englisch

2021

## Wohnraum | Mieten

**sozialer Wohnungsbau – Unterbindung des Ausverkaufs an Großinvestoren - Stadtviertel- und Dorferweiterungskonzepte - keine Segmentierung der Großstädte (Industriegebiete, Schlafburgen, Geschäftszonen) - „Befriedung“ in der Verkehrspolitik**

Die Mietsituation in unseren Großstädten und mittlerweile auch Städten mittlerer Größe ist unhaltbar. Wenn der Markt versagt, muß der Staat handeln, er hat hier sogar einen gesetzlichen Auftrag. Wir haben ein Angebotsproblem: der Wohnraum ist zu knapp und die Wohnungen sind zu teuer, viele der älteren Wohnungen genügen nicht den ökologischen Erfordernissen. 40 Mill. Wohnungen müssen in der nahen Zukunft CO<sub>2</sub>-neutral umgestaltet werden.

Um diese Probleme zu lösen, gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder man greift regulatorisch ein, verhängt Mietensstopps, verhindert qua Milieuschutz bestimmte Veränderungen, die zwar ökologisch eigentlich sinnvoll wären, aber nur als Vorwand für Mietsteigerungen mißbraucht werden oder versucht gewünschte Bauvorhaben oder Standards irgendwie zu erzwingen. Dies kollidiert oft genug mit dem Recht auf Eigentum und ruft mächtige Gegner auf den Plan. Halbherzige Subventionierungen der Bauwirtschaft wie die Sonderabschreibung in Höhe von 2,1 Mrd. € funktionieren ebenso wenig - die Unternehmer haben sie gern mitgenommen, zu mehr bezahlbarem Wohnraum geführt hat sie nicht.

Die andere Möglichkeit, die ich befürworte, beinhaltet, daß der Staat selbst nach der Logik des Marktes in das Geschehen eingreift. D.h. der Staat oder eine entsprechende Handlungseinheit (auch Bürger- oder Stadtteilkonsortien wären denkbar) muß als Anbieter auftreten - sie müssen die nachgefragten Wohnungen produzieren, sodaß die durch Not erzwungene Nachfrage nach den zu teuren Wohnungen sinkt. Das war die Idee des sozialen Wohnungsbaus, der in den letzten Jahren unverantwortlicherweise immer weiter zurückgefahren worden ist. Um allerdings zu verhindern, daß diese Nachfrage durch Superreiche aus dem In- und Ausland, die ganze Stadtviertel und Straßenzüge aufkaufen, abgeschöpft wird, muß es eine gesetzliche, quantitative Beschränkung des Anteils von Immobilieninvestitionen großer Konzerne, bezogen auf einen einzelnen Investor und auf die Gesamtheit der Investitionen in Städten und Stadtvierteln geben. Grund und Boden stellen wegen ihrer prinzipiellen Nichtvermehrbarkeit ein besonderes Gut dar, und es gehört zu einem menschenwürdigen Dasein, eine Wohnung zu haben.

In der Planung von Bauvorhaben in Stadt, Dorf und Land muß grundlegend umgedacht werden – nicht Verdichtung, sondern Erweiterung und ästhetische Gestaltung. Wenn ein Wohngebiet ausweisen bedeutet, viele Einfamilienhäuser alle nach derselben Himmelsrichtung ausgerichtet

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

14

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**

**Felicitas Englisch**

**2021**

und immer weiter verdichtet, immer enger aneinanderzureihen, wird auch unser wunderschöner Landkreis bald seinen Liebreiz und seinen Charme verloren haben. Es gibt bereits einige unschöne Beispiele. Warum kann dörfliche oder städtische Erweiterung nicht heißen, ein Zentrum um einen alten Baum, einen Brunnen, einen Treffpunkt für die nachbarliche Gemeinschaft, einen Teich (wie früher der Löschteich), einen Dorfplatz (auf dem man tanzen kann) mit einzuplanen? Es gibt flexible, kreative Wohnformen, die landschaftliche Gegebenheiten nutzen (Hanglagen, Flußläufe) und soziale Kontakte ermöglichen (z.B. die Seniorenresidenz neben den Kindergarten - nicht neben den Friedhof - ins Zentrum, wo es Cafés und Einkaufsmöglichkeiten gibt). Bauen geht auch ohne weitere Versiegelung von Flächen. Spazierwege und Parks, Gärten und Lebensräume für Flora und Fauna zwischen den Wohnhäusern geben einem Ort Charakter, machen eine Gegend liebenswert und halten das Dasein von Mensch und Natur in einem verträglichen Gleichgewicht.

Ebenso muß Städteplanung wieder echte Planung für durchdachte Lebensverhältnisse werden. Die strikte Segmentierung der Großstädte nach Industriegebieten, Schlafsiedlungen und Geschäftszonen hat nur zu Problemen geführt. Kluge Stadtviertelkonzepte minimieren Arbeitswege, ermöglichen sichere Schulwege, sehen ausreichend Grün-, Park- und Erholungsflächen vor, beziehen Mehrgenerationenhäuser und ähnliche Wohnkonzepte, stadtteilbezogene Hilfs- und Betreuungsangebote in die Planung ein und schaffen jenes städtische Flair, in dem sich Wohnen und Arbeiten, Kultur und Freizeit, Gastronomie und Geschäfte in einem menschlichem Maß harmonisch zusammenfügen.

Wir brauchen ein lebensfreundliches und funktionales Mitander von Gehwegen, Radwegen und Straßen. Es muß aufhören, Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer/Lieferanten gegeneinander zu hetzen und auszuspielen. Wie in der Klimapolitik gilt auch hier: weniger Ideologie – mehr Kreativität und Kompetenz!

Was unseren Landkreis betrifft, so finde ich es äußerst unglücklich, daß z.B. in Traunstein die schönsten Wohnlagen im Süden mit Bergblick für Gewerbegebiete „geopfert“ wurden, während im Norden (Schaumaier, Richtung Traunreut) eine dem Bedarf folgende Erweiterung sinnvoll gewesen wäre, bis zum langfristigen Anschluß an das Gewerbegebiet Aiging.

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

15

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**

**Felicitas Englisch**

**2021**



## Familie

**weiterer Ausbau der Krippen- und Kindergartenplätze – Erweiterung des Elterngeldes auf drei Jahre mit flexiblen Auszahlungszeiten – flexible Arbeits- und Wohnverhältnisse schaffen – geförderte Sparmodelle und erleichterte Darlehenszugänge für junge Familien - keine Anrechnung des Elterngeldes bei Sozialleistungsempfängern**

Die Familie - in ihren traditionellen wie in ihren modernen Formen des Zusammenlebens - ist die Keimzelle der Gesellschaft. Sie steht nach dem Grundgesetz unter ihrem besonderen Schutz. Nur sie stiftet das Urvertrauen, das Gefühl der Gehaltenheit und die Resilienz, d.h. die Widerstandskraft, mit den Herausforderungen des Lebens zurechtzukommen. Und - ob beabsichtigt oder nicht – liefert sie die Identifikationsmuster für die nächste Generation. Es sind in den letzten Jahren sinnvolle Maßnahmen ergriffen worden, um es Familien leichter zu machen, Familie und Beruf zu vereinbaren - wie das Recht auf einen Kindergartenplatz - oder Eltern(-teilen) die Entscheidung zu ermöglichen, in den ersten Jahren zu Hause zu bleiben wie das Elterngeld (Basiselterngeld, ElterngeldPlus und Partnerschaftsbonus).

Die Probleme liegen allerdings wie immer im Detail: Ein flächendeckendes Angebot von Kinderkrippen ist keineswegs sichergestellt. Bei Krippe und Kindergarten hängt viel an den nicht an die Arbeitszeiten angepaßten Öffnungszeiten, den fehlenden Ferienregelungen, der Entfernung vom Arbeitsplatz oder Wohnort, in kleineren Städten und Dörfern auch an der Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Nahverkehr.

Speziell für junge Familien ließen sich auch geförderte Sparmodelle (wie beim Wohnungsbau) oder erleichterte Darlehenszugänge (wie bei Bafög) denken.

Sollen unsere Familien ihre gesellschaftstragende Aufgabe erfüllen können, braucht es darüberhinaus flexiblere Arbeits- und Wohnverhältnisse (s. a. Wohnen , die eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso ermöglichen, wie eine freie Entscheidung wegen der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen zeitweise, teilweise oder überhaupt auf Berufstätigkeit zu verzichten. Home office ist dort eine sehr sinnvolle Option, wo es von den technischen Abläufen, von der Daten- und Sicherheitslage möglich und von den Betroffenen gewünscht wird; die Regelungen hierfür sollten im Rahmen der Tarifautonomie getroffen werden.

Daß die Sonderregelungen beim Elterngeld aus Anlaß von „Corona“ bis Ende 2021 verlängert werden, halte ich für ebenso sinnvoll wie die Verlängerung der Kurzarbeitregelungen.

Da die ersten Jahre entscheidend sind für die Entwicklung des Kindes wäre einerseits eine

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

16

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**

**Felicitas Englisch**

**2021**

Verlängerung und eine weitere Streckung des Auszahlungszeitraumes des Elterngeldes eine gute Option, andererseits muß durch spezielle Fortbildungsangebote und gesetzlich geregelte Einarbeitungszeiten (z.B. noch während des Elterngeldbezuges) sichergestellt werden, daß auch nach drei oder vier Jahren ein beruflicher Wiedereinstieg auf gleichem Niveau wie vor der Schwangerschaft realistisch möglich ist. Sehr schäbig finde ich allerdings, daß das jetzige Elterngeld vollständig beim Arbeitslosengeld II, bei der Sozialhilfe und beim Kinderzuschlag als Einkommen angerechnet wird, selbst der Mindestbetrag von 300 € (Ausnahme: Nur Elterngeldberechtigte, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren, erhalten per Elternfreibetrag wenigstens die 300 €).

Ein Staat, der einem Paar, das 300 000 € Jahreseinkommen hat, 1800 € pro Monat schenkt, der sollte es sich auch leisten, bei denen „ganz unten“ großzügiger zu sein. Deshalb bin ich mit der Absenkung der Einkommensgrenze von 500 000 auf 300 000 € Jahreseinkommen einverstanden - auch bei den Alleinerziehenden könnte sie entsprechend auf 200 000 € abgesenkt werden - aber die Anrechnung bei Sozialleistungsbeziehern muß sofort aufgehoben werden.

Grundsätzlich kann das Problem der Armut von Familien aber nicht über rein kinderbezogene Unterstützung gelöst werden, weil einerseits davon meist alle Familien profitieren, auch die, die es finanziell nicht nötig haben, andererseits in armen Familien die Versuchung groß ist, das den Kindern zugedachte Geld zur Schließung noch dringlicherer Lücken zu verwenden. Um sicherzustellen, daß das Geld wirklich den Kindern zugute kommt, wären Sachleistungen mitunter sinnvoller: Sportvereinsbeiträge, Schwimmbad-Jahreskarte, Schulbuch-Gutscheine, Übernahme der Kosten für Nachhilfe, Klassenfahrten, Ferienfreizeiten /-programme etc. Unverzichtbar in jedem Falle zu gewährleisten ist gesundes Essen im Kindergarten und in der Schule. Die Schulschließungen wegen Corona waren für ärmere Kinder eine Katastrophe.

Überhaupt muß das Armutsproblem über einen realistischen Mindestlohn (12 €) und eine Grundrente, die ein würdiges Auskommen bietet, gelöst werden. Unter realistisch verstehe ich, daß jemand, der die gesellschaftsübliche Arbeitszeit redlich erfüllt, auch davon leben und eine durchschnittlich große Familie ernähren können muß.

Die Grundrente, die von der Koalition auf den Weg gebracht wurde, ist eine einzige Mogelpackung, weil genau diejenigen, die ihrer am dringendsten bedürfen, ausgeschlossen sind. Das muß sofort korrigiert werden.

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**

**Felicitas Englisch**

**2021**

## Rente

**Versicherungspflicht für alle – Entlastung der GRV von versicherungsfremden Leistungen - produktivitätsangepaßte Löhne – Schaffung versicherungspflichtiger Vollzeitarbeitsplätze – Integration weiterer Bevölkerungsgruppen ins Erwerbsleben - keine Privatisierung der Altersvorsorge – keine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters**

Altersarmut ist eine Schande. In einer reichen Gesellschaft wie unserer dürfte es sie nicht geben. Zu niedrige Renten sind eine Folge schlechter Lohnpolitik. Daß die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung nicht reichen, ist nur zum Teil dem demographischen Wandel geschuldet; der Ausbau des Niedriglohnsektors, der Wegfall von Vollzeitarbeitsplätzen und die zu wenig gestiegenen Löhne und Gehälter spielen eine ebenso große Rolle. Die Unsitte, die Rentenversicherung zunehmend durch versicherungsfremde Zusatzausgaben zu belasten, muß aufhören - Leistungen sozialpolitischer Art sind direkt aus dem Staatshaushalt zu bezahlen, nicht aus dem Rententopf. Weitere Lösungsvorschläge sind: Integration von Arbeitslosen ins Erwerbsleben, Einbeziehung der Strafgefangenen in die gesetzliche Rentenversicherung, Aktivierung der Stillen Reserve und Erhöhung der Frauenerwerbsquote, raschere und bessere Ausbildung und Qualifizierung von Migranten und ihre Integration ins Arbeitsleben, vor allem aber die Schaffung versicherungspflichtiger, vernünftig bezahlter Vollzeitarbeitsplätze.

Die Rentenversicherung hat ein Ungerechtigkeitsproblem, nicht nur bei der verpatzten Riesterrente. Nach Karl Lauterbach (!) verliere auch bei der GRV der Arme, dessen Einkommen 50 % unter dem Durchschnitt liege und der eine 10 Jahre niedrigere Lebenserwartung habe, im Vergleich mit den einbezahlten Beiträgen 30 000 Euro, während derjenige, der ein zweimal so hohes Einkommen wie der Durchschnitt erzielt, durch die Rente über 100 000 Euro hinzugewinne. Die Arbeiter würden demnach - seiner Meinung nach - die hohe Rendite der Angestellten zahlen und über ihre Steuern zudem noch die Beamtenpensionen abdecken. Hier muß ein Ausgleich erfolgen und alle, auch die Beamten müssen einzahlen.

**Einen Anstieg des Renteneintrittsalters, Rentenkürzungen sowie die gänzliche oder vermehrte Privatisierung der Altersvorsorge über Privatversicherungen und Aktienfonds lehne ich ab. Sie entlasten nur die Arbeitgeber durch niedrigere Lohnnebenkosten und subventionieren indirekt die Versicherungsbranche.**

Langfristig müßte der (zur Stunde Null unvermeidliche) Konstruktionsfehler, der dem Rentensystem seit Adenauers Zeiten anhaftete und seitdem fortgeschleppt wurde - weil sich jede gewählte Regierung davor drückte, das Problem in Angriff zu nehmen - grundlegend angegangen

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

18

Bürger für Freiheit und Rechtsstaat

Felicitas Englisch

2021

werden. Wir müssen langfristig dafür sorgen, daß jede Generation für ihr Alter selbst vorsorgt. Vielleicht wäre sogar jetzt, wo es kaum Hemmungen gibt, Geld zu drucken und man augenscheinlich auf Inflation als Lösung setzt, eine Gelegenheit, die klaffende Eine-Generationen-Lücke kreditfinanziert zu schließen. Auch eine Art einmaliger „Stabilitätsabgabe“/Vermögensabgabe im obersten Einkommensbereich, die später mit Steuererleichterungen teilweise zurückgezahlt werden könnte, wäre denkbar oder fair verzinste Staatsanleihen bei den Bürgern.

## Verkehr

Die Verkehrssituation wird immer unerträglicher sowohl auf den Autobahnen wie in den Städten. Deutschland ist ein Transitland – daran läßt sich angesichts seiner Mittellage in Europa auch nichts ändern. Der immer weitere Ausbau von Fahrstreifen ist aber nicht die Lösung. Oft reicht – anders als geplant beim Ausbau der A 8, wo es die schlimmsten Staus gar nicht im konzipierten Bereich, sondern um München, am Brunnthal und zwischen Irschenberg und Inntaldreieck gibt - der Ausbau von Standstreifen. Grundsätzlich gilt: Der Lasten(durchgangs)verkehr muß auf die Schiene, der Urlaubsverkehr in den (Autoreise-)zug und Pendlerverkehr läßt sich durch kluge dezentral orientierte Betriebsansiedlungskonzepte minimieren. Viele Erholungssuchende haben sich vor den Corona-Maßnahmen ins sprit- und raumfressende „rollende Heim“ geflüchtet – die Betuchteren gleich mit Boot auf dem Hänger. Ich hoffe schwer, daß dieser Trend wieder verebbt, wenn Hotels nicht mehr wie Krankenhäuser aussehen und normales Reisen mit Bahn, Bus und Flugzeug wieder möglich wird. Außerdem: Ein bißchen Verkehrserziehung wäre auch hilfreich: Wenn alle links fahren, helfen auch fünf Fahrstreifen nicht. Wie war das noch in der Fahrschule? Stimmt: rechts fahren, links überholen.

Was in der Stadt eine perfekte Lösung ist, wie der immer bessere Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, funktioniert auf dem Land nicht, wo eben jeder ein bißchen woanders hin muß oder auch möchte. Zieldichte und Zeittakt so auszubauen, daß der öffentliche Nahverkehr das Auto ersetzen kann, rechnet sich weder ökologisch noch finanziell. Hier reicht eine solide Grundversorgung. Um hingegen den Urlaubs- und Ausflugsverkehr optimal zu organisieren, eignen sich Shuttle-Bus und -Bahn hervorragend, sofern großzügig Mitnahme von Fahrrädern, Rollern und Sportgeräten gewährleistet ist - mein großes Vorbild: die Schweiz – wohlgemerkt: als Angebot und Entlastung, nicht als Verbot anderer Verkehrsmittel. Wenn das Angebot gut, nicht teuer, bequem und funktional ist, werden es die Leute schätzen und nutzen.

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**

**Felicitas Englisch**

**2021**

# Freiheit und Rechtsstaat

Die wirkliche Gefahr ist der drohende Weg in den Totalitarismus und das Versagen der formalen Institutionen

**Die wirkliche Gefahr ist der drohende Weg in den Totalitarismus und das Versagen der formalen Institutionen – Aushebelung der Grundrechte durch „Metagrundrechte“ und Ausnahmezustandsregelungen**

Schon seit längerem, nicht erst bei den Corona-Maßnahmen, gibt es in unserem Land eine Reihe von institutionellen Veränderungen, die an die Grundfesten der in Art 20 GG festgelegten Staatsstrukturprinzipien rühren und dem Grundverständnis unserer nach dem Krieg erfolgreich etablierten Demokratie diametral widersprechen. Wir befinden uns in einem schleichenden Prozeß des allmählichen Umbaus unseres Staates vom freiheitlichen Rechts- und Verfassungsstaat zum zunehmend exekutiv kontrollierten, quasi „sozialistisch“ geführten Sicherheits- und Überwachungsstaat, der die Bürger immer weiter entmündigt und gängelt.

Dieser Prozeß begann schon vor Jahrzehnten mit den Notstandsgesetzen, mit den Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (finaler Rettungsschutz, Rettungsfolter), der Aushöhlung des Datenschutzes und der Aufhebung der Privatsphäre durch die zunehmende Digitalisierung der Kommunikation und die damit mögliche Totalüberwachung der Bürger, und er droht nach Corona mit massiven dauerhaften Einschränkungen individueller Handlungs- und Bewegungsfreiheit, von Reisen, Mobilität und Wohnen, kurz der gesamten Lebens- und Sozialverhältnisse im Zeichen der klimatischen Veränderungen fortgeführt zu werden.

Die Folgen sind Regelüberflutung und Verbürokratisierung, Verunsicherung und Lähmung, weil niemand mehr Entscheidungen trifft, ohne sich hundertfach abzusichern und eine hysterische Übersteigerung des Sicherheitsbedürfnisses und der Rückgriff auf autokratische Formen der Machtausübung. Die Geschichte hat uns gelehrt, daß der Abbau des Rechtsstaates immer mit Ausnahmezustandsregelungen und Notverordnungen beginnt. Für sehr viele Menschen, mich eingeschlossen, war der 16. März 2020, mit dem der historische Tabubruch begann, ein Schock, und er wächst sich mit jedem Tag mehr zum Alptraum aus, der seelisch und körperlich krank macht. Seit diesem Tag erleiden wir eine von selbsternannten Handlungsagenten (aus Regierung, Wissenschaft, Parteien und Leitmedien) durchgesetzte Verordnung nach der anderen, deren vorgeschriebene zeitliche Begrenzung durch quasi-automatische Verlängerungen ausgehebelt wird.

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

20

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**

**Felicitas Englisch**

**2021**

Eine letzte rote Linie wurde mit dem Bundesinfektionsschutzgesetz vom 23.4.2021 überschritten (s. Corona). Das Schüren von Angst ist ein altes Mittel von Regierenden, Gehorsam zu erzwingen - und die Angst der Bürger wurde professionell von gut bezahlten Agenturen (22. Mill. für Scholz & Friends) geschürt. Sie hat sich bei vielen Menschen zu einer irrationalen, neurotischen Angst verfestigt, an der rationale Argumente abprallen. Es steht zu befürchten, daß diese Erzeugung eines Klimas ständiger Bedrohung jetzt bruchlos unter dem Zeichen des Klimawandels weitergeführt werden wird.

Neu – und für mich vor „Corona“ jenseits aller Vorstellungskraft – war aber der totalitäre Ausgriff der Staatsmacht auf den Körper - die Maske, die Ausgangssperre, der Impfdruck – was mit dem Zugriff auf die „Software“ des Menschen enden wird. Es fällt auf, daß angesichts einer kontrollierbaren Corona-Lage – der Staat kann jedem ein Impfangebot machen, Tests und Masken gibt es zur Genüge – geradezu ostentativ an dem Zwang, ein sichtbares Zeichen der Unterwerfung am Leib zu tragen, festgehalten wird. Während praktisch alle Maßnahmen gelockert wurden, die mit ökonomischen Einschränkungen einhergingen, wird mit allen Mitteln versucht, die Maskenpflicht zu „normalisieren“, indem man sie mit den sinnvollen Corona-Regeln (Abstand halten, Lüften und Alltagshygiene) stets verharmlosend in einem Atemzug nennt und sie als die „schwächste“ der Maßnahmen bezeichnet - dabei ist sie die schlimmste, die Würde des Menschen am tiefsten verletzende.

Die Maske nimmt dem Menschen sein Gesicht, seinen Atem, sie pervertiert seine Stimme, sein Sprechen wird bis zur Unkenntlichkeit verzerrt, durch die Verunstaltung wird sein Profil entstellt, so daß es - polemisch gesprochen - mehr dem eines Boxers oder Schimpansen als einem menschlichen Antlitz gleicht. Ästhetische Verunstaltung war übrigens immer ein Mittel von Folterern, ihre Opfer zu demütigen und sie der Häme und dem Spott preiszugeben.

Die Maske macht die Menschen häßlich und abstoßend, und Neurobiologen und – psychologen wissen darüberhinaus, daß sie eben nicht „harmlos“ ist, wie man uns immer weismachen möchte. Sie löscht den emotionalen Ausdruck, auf dessen Wahrnehmung und Erkennung nicht nur Kinder existentiell angewiesen sind. Da nachgewiesenermaßen die empathischen Empfindungen des Menschen Mitleid und Hilfsbereitschaft, Begegnung und Zuwendung sich gerade über diesen emotionalen Ausdruck konstituieren, zerstört die Maske unser Menschsein. Sie macht uns zu Zombies.

Maskenpflicht, Ausgangssperren und „Impfterror“ stellen eklatante Verletzungen des Grundrechts der körperlichen Unversehrtheit dar – und sie reihen sich ein in einen verhängnisvollen Prozeß, in dem schon seit längerem verbürgte Grundrechte immer mehr durch sog.

„Metagrundrechte“ ausgehebelt werden. Das sind Begriffe, die bewußt so allgemein und vage gehalten werden, daß man alle möglichen konkreten Maßnahmen damit „rechtfertigen“ kann (z.B.

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

21

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**

**Felicitas Englisch**

**2021**

Gefahr für die Sicherheit, für die Gesundheit, der Schutz der Bevölkerung vor Infektionen, Bedrohung des Planeten). Sie werden als Vorwand und „Totschlag“argument benutzt, um immer weiter Freiheiten einzuschränken und die Duldung von Zwangsmaßnahmen durchzusetzen. So konnte auch Igelfüttern, das Sitzen allein auf einer Parkbank oder dem Nachbarn helfen, Reifen zu wechseln zur „Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung“ werden. Wir haben Absurditäten und Unmenschlichkeiten erlebt, die jeder vor einem guten Jahr für undenkbar gehalten hätte: Kindern die Triage zumuten, welche ihrer Freunde sie fallen lassen bis zu Menschen, die ohne Begleitung Angehöriger sterben mußten.

Wir müssen uns wieder bewußt werden, welcher Status den mit viel Blut erkämpften Grundrechten zukommt. Grundrechte sind im wesentlichen Abwehrrechte des Individuums gegen einen übergriffigen Staat. Sie sind nicht verhandelbar; sie können durch keine Mehrheitsentscheidung außer Kraft gesetzt werden und Umfragemehrheiten tun nichts zur Sache. Sie „Privilegien“ zu nennen, wie sehr lange in den Debatten um den Umgang mit Geimpften, ist bodenlose Ignoranz. Weder „gewährt“ der Staat „die Grundrechte“, noch „gesteht er sie zu“. Sie gehören uns Bürgern. Wenn der Staat seine Machtmittel einsetzt, um sie uns zu nehmen, haben wir das Recht auf Widerstand.

Hinter all diesen staatlichen Übergriffen, die jetzt noch gelten und die – nach meiner Einschätzung - nach der Wahl wieder weiter verschärft werden, steht eine geistig-politische Verschiebung, gegen die ich mich vehement wende, und in bezug auf die „Corona“ oder „Klima“ austauschbare Inhalte sind: die politisch fatale Kehrtwendung von der Freiheit und Selbstverantwortung des Individuums und der Achtung seiner Einzigartigkeit und seines Willens zum Kollektivismus und zu einer „quasi-sozialistischen“ Anti-Aufklärung (z.B. einer Judith Butler, um nur eine prominente Vertreterin zu nennen). Das Menschenbild der europäischen Kultur, fußend auf der Tradition der Aufklärung, ist ihr verhaßt, befürwortet wird die strikte Unterordnung des Einzelnen unter das Kollektiv.

An die Stelle eines Rechtsstaates treten qua Ausnahmezustand und Notverordnungen die Machtorgane einer Gemeinschaft, die jenen Schutz verspricht, die dazugehören, weil sie sich ihr unterworfen haben. Gegen jene, die sich nicht unterwerfen, ist alles erlaubt. Grundrechte, eine unabhängige Justiz, eine freie Presse und die Mechanismen einer parlamentarischen Demokratie sind hier nur hinderlich. Der Vorstoß der Grünevorsitzenden, ein Superministerium mit Vetorecht einzurichten, resultiert aus solchem Denken ebenso wie die unverhohlenen Drohungen des Gesundheitsministers, Ungeimpfte zu ächten und aus dem sozialen Leben auszuschließen.

Aber auch Quotenregelungen, Cancel culture und Diversity, die selbst vor dem öffentlichen Fernsehen nicht Halt machen, gedeihen in dieser Atmosphäre ideologischer Verbissenheit, die Unterschiede sucht, um sie zu verhärten und geistige Grenzzäune zu errichten zwischen den

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

22

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat**

**Felicitas Englisch**

**2021**

„moralisch Guten“ und denen, die offen diskriminiert, beschimpft und zum „Abschuß freigegeben werden“ dürfen. Dieser Entwicklung muß mit aller Kraft entgegengetreten werden.

***Dafür stehe ich ein – ohne Partei, als unabhängige Kandidatin. Dafür erbitte ich am 26.9.2021 Ihre Erststimme***

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

23

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat  
Felicitas Englisch  
2021**